NIEDERSCHRIFT

über die 32. Beratung des UVO - Ausschusses am 23.01.2019

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:18 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung; Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Sahlmann, Ausschussvorsitzende, begrüßt die anwesenden Gäste, die Mitglieder des Ausschusses und die Verwaltung. Sie wünscht allen ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr. Es wird festgestellt, dass allen Mitgliedern die Unterlagen rechtzeitig und vollständig zugegangen sind. Der Ausschuss ist beschlussfähig; 6 Gemeindevertreter sind anwesend.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 23.01.2019

Es gibt drei Anträge auf Rederecht:

1. zu TOP 5.1 – Sachstandsbericht Sanierung Düppelteich, Förderverein Landschaftsschutzgebiet Buschgraben/Bäketal e. V. KLM, Frau Dr. Theiler und Herr Dorowski
Abstimmung Rederecht: einstimmig empfohlen
2. zu TOP 5.1 – Auswirkungen nach Fahrplanänderungen des Busverkehrs, Herr Schlitter
Abstimmung Rederecht: einstimmig empfohlen
3. zu TOP 5.2.2 Siedlung Stolper Weg/Beschilderung – Herr Kubiak
Abstimmung Rederecht: einstimmig empfohlen

Die Tagesordnung mit den Rederechten wird festgestellt.

Frau Storch nimmt an der Sitzung teil; 7 Gemeindevertreter sind anwesend.

TOP 3 Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 14.11.2018

Es liegen keine mündlichen und schriftlichen Einwendungen gegen die Niederschrift vom 14.11.2018 vor. Die Niederschrift wird festgestellt.

TOP 4 Bericht der Ausschussvorsitzenden

Frau Sahlmann regt an, das Thema Silversterböllerei erneut in einer der nächsten Ausschuss-Sitzungen mit dem Ziel zu beraten, die Diskussion neu anzuregen und ggf. auch für Kleinmachnow böllereifreie Zonen zu realisieren. Weiterhin informiert sie über die flächendeckenden Rodungen im Bereich des Buschgabengebietes (Am Rund, Wolfswerder).

TOP 5 Informationen der Verwaltung**TOP 5.1 Mündliche Informationen der Verwaltung****- Sturmteam in der Gemeindeverwaltung Kleinmachnow**

Herr Dr. Prüger informiert zur Bildung und zu den Aufgaben des Sturmteams der Gemeindeverwaltung Kleinmachnow.

- Sachstandsbericht Sanierung DüppelteichRederecht zu TOP 5.1:

Frau Dr. Theiler und Herr Dorowski, Förderverein Buschgraben/Bäketal e. V. nehmen ihr Rederecht wahr. Sie äußern den Wunsch, dass die Sanierungsarbeiten am Düppelteich möglichst schnell weitergeführt und beendet werden sollten, damit sich das Biotop schnell erholen könne. Gerne bringen sie sich auch in die weitere Gestaltung des Teiches mit ein. Herr Dorowski weist darauf hin, dass Ende Februar die ersten Amphibien einwandern werden. Er fordert für diesen Zeitpunkt Baustopp, ansonsten werde er sich an die Oberste Naturschutzbehörde wenden. (s. auch Anlage 2)

Ausführungen Sanierung Düppelteich Herr Dr. Prüger:

Die Bauarbeiten haben am 06.11.2018 begonnen. Es wurde ausgebaggert und zwei Haufwerke gebildet. Die grundsätzlichen Bagger- und Modellierungsarbeiten im Teich sind beendet. Die Schilfflächen, so wie sie jetzt ausgebildet wurden, entsprechen den Planungsüberlegungen und der Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde. Die Abflachungen der Schilfflächen im nördlichen Uferbereich werden nachgearbeitet. Die Bauarbeiten wurden unterbrochen, da zunächst die gebildeten Haufwerke auf Schadstoffe beprobt werden müssen. Die Überprüfung der Haufwerke hat ergeben, dass in einem Haufwerk (Lagerort: Süd-Ost-Ufer) Material mit dem Zuordnungswert gemäß LAGA TR Boden Material > Z2, gefährlicher Abfall, gefunden wurde. Das bedeutet, dass das Material gefährlicher Abfall ist, der gesondert entsorgt werden muss. Das zweite Haufwerk am Nord-Ufer enthält Störstoffe und ist ebenfalls > Z2 zuzuordnen. Dieses Material ist aber nicht gefährlich. Für die Ausbaggerung des Schlammes wurde zur Herstellung einer provisorischen Baustraße Z0-Material nach LAGA TR Boden (Sand) im Wasser eingebracht, welches nach Abschluss der Entschlammungsarbeiten wieder aus dem Teich entnommen wird. Für die gesamte Entschlammungsmaßnahme wurde eine ökologische Baubegleitung beauftragt. Aufgrund des vorgefundenen Materials > Z2, gefährlicher Abfall, musste dieses Material zusätzlich beprobt und zusätzliche stoffliche Parameter ermittelt werden. Erst ab diesem Zeitpunkt und nach Vorliegen der zusätzlichen Parameter konnte das Haufwerk 2 (Südost) bei der Sonderabfallbehörde Berlin/Brandenburg

(SBB) angedient werden. Die Zuweisung einer geeigneten Bodenbehandlungsanlage für Material > Z2, gefährlicher Abfall, durch die zuständige SBB kann längere Zeit dauern. Die Verwaltung bemüht sich aber, eine schnelle Zuweisung einer geeigneten Bodenbehandlungsanlage zu erwirken. Insgesamt führt dieses Prozedere zu einer Bauzeitenverlängerung. Ziel der Verwaltung ist es, dass die Bagger- und Entsorgungsarbeiten bis zum 28.02.2019 (insbesondere im Wasser und in Wassernähe) beendet werden. Im Anschluss an die Schlammasbaggerungsarbeiten soll zwischen der Stammbahn und dem Nordufer des Düppelteichs eine Sedimentationsanlage zur mechanischen Vorreinigung des einzuleitenden Regenwassers errichtet werden. Die Ausschreibungen für diese Baumaßnahme laufen zurzeit.

- Auswirkungen nach Fahrplanänderungen des Busverkehrs

Rederecht zu TOP 5.1:

Herr Andreas Schlitter nimmt sein Rederecht wahr und erläutert, dass es doch recht schwerwiegende Einschränkungen seit Einführung der Fahrplanänderungen gegeben habe. Aufgrund von Initiativen seitens der Eltern habe sich die Situation etwas verbessert. Herr Schlitter bittet die Verwaltung dahingehend einzuwirken, dass, „wenn bei der versprochenen Rückkehr zum alten Fahrplan, man nicht wie jetzt geschrieben zu einem 30-Minuten-Takt zurückkehrt, sondern zu einem 20-Minuten-Takt. Das sichere die Anschlüsse zu den Buslinien 622 und 623. Ein vermehrter Einsatz von Taxen wäre wünschenswert.“

Herr Evermann, SB für Verkehr/Klima/Umwelt, informiert darüber, dass ab dem 11.02.2019 zusätzlich mittags ein weiterer Bus eingesetzt und auch die Buslinie X1 wieder bis nach Teltow fahren werde. Es sei geplant, zusätzliche Busfahrer einzusetzen. In Bezug auf die Taktung der Fahrzeiten müsse die diesjährige Evaluierung abgewartet werden. Man werde aber versuchen, auf die Fahrzeiten einzuwirken.

Die Sperrung der Rammrathbrücke soll nach Informationen des Wasserstraßenneubauamtes nunmehr erst ab Mitte Juli 2019 erfolgen.

Herr Evermann informiert, dass Busse und Rettungsfahrzeuge mittels Doppelschranke ab Oderstraße durch das Weinbergviertel fahren werden.

Frau Sahlmann weist darauf hin, dass der Kfz-Verkehr (PKW/LKW) möglichst über den Zehlendorfer Damm zu leiten ist. Dazu muss die Umleitung entsprechend beschildert werden. So kann das Weinbergviertel entlastet werden.

Herr Schramm: „Ein Thema was man dabei betrachten müsse, ist die Durchwegbarkeit der Straßen im Weinbergviertel. Ich kenne die Situation bzw. habe auch davon gehört, dass, wenn dort ein großer Bus durchfährt und nicht nur ein kleines Bus-Taxi, es zu regelmäßigen Problemen kommt, weil die Straßen absolut vollgeparkt sind. Kann man dort nicht schauen, durch entsprechende Anordnungen die Lage für den Busverkehr zu entspannen? Es betrifft ja auch die Zuverlässigkeit der Busse; wenn sie nicht durchkommen, können sie auch nicht pünktlich kommen.“

An der Diskussion beteiligten sich: Frau Storch, Frau Sahlmann, Herr Liebrecht, Herr Weis, Herr Schramm

**TOP 5.2.1 Screening der im kommunalen Eigentum befindlichen Gebäude,
Stand 21.01.2019 (DS-Nr. 018/16 vom 11.02.2016)**

INFO 019/18

Seitens der Verwaltung findet keine Erläuterung statt.

Folgende Punkte wurden diskutiert:

- Vergleich des Gesamtwärmebedarfes des Rathauses fehlt
- Wärmeschutznachweise, Vergleichsobjekte
- energetische Energiebilanz ist nicht genügend ausgewiesen
- Schwimmbad ist nicht aufgeführt
- Beschluss fassen über regelmäßiges Monitoring und Verbesserungsmöglichkeiten

Frau Sahlmann zu Protokoll: „Wir als Kleinmachnower Kommune sind Mitglied bei der Alliance de Clima und wir haben uns immer zu einem Klimaschutzprogramm verpflichtet und dass der jährliche Verbrauch in den Gebäuden dargestellt werden muss. Das ist hier nicht so erfolgt. Es geht um CO²-Reduzierung und damit um Klimaschutz.“

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Gutheins, Frau Sahlmann, Herr Liebrecht, Herr Weis

TOP 5.2.2 Siedlung Stolper Weg, Beschilderung der öffentlichen Straßenverkehrsflächen (Hinweis des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Untere Straßenverkehrsbehörde)

BAU 013/19

Herr Kubiak, Anwohner Bärlappsenke, nimmt sein Rederecht wahr und macht Ausführungen zur aktuellen verkehrlichen Situation (Raserei, Beschilderung). Unter anderem habe man sich an die Straßenverkehrsbehörde mit der Bitte um Prüfung gewandt, inwieweit ggf. eine deutlichere Kennzeichnung des verkehrsberuhigten Bereiches in der Bärlappsenke bzw. in der Siedlung möglich wäre. Nach Prüfung der Situation vor Ort wurde festgestellt, dass die Beschilderung in der Siedlung fehlerhaft sei und die weitere Klärung durch die Gemeindeverwaltung Kleinmachnow erfolge.

Herr Evermann, SB für Klima/Umwelt/Verkehr führt aus, dass laut vorliegender Anordnung ein Beschluss der Gemeindevertretung für Tempo 30 oder Verkehrsberuhigten Bereich nötig sei. Sonst müssten die Schilder abgeordnet werden.

Folgende Punkte wurden diskutiert:

- Straße sei abgesackt, nach 20 Jahren nachbesserungsbedürftig; keine baulich falsche Ausführung
- wenn Beschluss, dann alte Bauunterlagen mit einreichen
- Beantragung Tempo-10-Zone
- auf keinen Fall Tempo 30 bzw. Tempo 50
- Rechtsberatung einholen
- Thema öffentlich machen
- diplomatischen Gesprächsansatz finden
- wenn nötig, verwaltungsgerichtliche Klärung anstreben
- den Bürgern empfehlen, eine Landrats-Petition beim Landrat einzureichen
- Verwaltung hat innerhalb der Monatsfrist keinen Widerspruch beim LK einge-

reicht

Die Anordnung der Unteren Verkehrsbehörde vom 22.11.2018 wird allen UVO-Mitgliedern per E-Mail zugesandt.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Liebreuz, Herr Gutheins, Herr Weis, Herr Schramm, Herr Sahlmann, Herr Krause, Frau Sahlmann

TOP 6	Informationen, Diskussionen und Beschlussempfehlungen
--------------	--

TOP 6.1	Maßnahmeplan Verkehrskonzept (Antrag-Nr. 033/04 vom 29.04.2004, DS-Nr. 160/17 vom 14.12.2017), hier: weiteres Vorgehen	DS-Nr. 010/19
----------------	---	----------------------

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Verkehrsentwicklungsplanung aus dem Jahre 2002 zu aktualisieren.
Dazu sind insbesondere der Maßnahmeplan Verkehrskonzept vom 29.04.2004 (DS-Nr. 033/04, vgl. Anlage 1), die Beschlüsse zum Masterplan Fahrrad und zur Schulwegsicherung, die Ergebnisse der Lärmkartierung und der gemeindlichen Verkehrserhebung 2014 einschließlich Ergänzung 2016 sowie die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner zu berücksichtigen. Zusätzlich sind auch die Richtlinie zur Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) und die Empfehlungen für Anlagen des ruhenden Verkehrs (ERA) einzubeziehen.
2. Die Umsetzung des Verkehrskonzeptes wird bis zum 31.12.2019 zurückgestellt. Mit Abschluss der Erstellungsphase bildet das neue Integrierte Verkehrskonzept (IVK) Kleinmachnow die Basis für treffende verkehrliche Maßnahmen.

Herr Evermann, Sachbearbeiter für Verkehr/Klima/Umwelt, erläutert die Beschlussvorlage.

Folgende Punkte wurden diskutiert:

- fehlendes Konzept für das Ortszentrum/Förster-Funke-Allee
- Klarheit schaffen über kurzfristige, mittelfristige und langfristige Faktoren (z. B. Sperrung Rammrathbrücke)
- Mehr Transparenz schaffen; an welchem Punkt steht das IVK jetzt?
- strukturierte und geordnete Vorgehensweise beibehalten
- leider weitere Verzögerung um ein Jahr bis Ende 2019

Herr Liebreuz hat die Sitzung verlassen. 6 Gemeindevertreter sind anwesend.

Abstimmungsergebnis:

5 Zustimmungen / 1 Ablehnung / 0 Enthaltungen = mehrheitlich empfohlen

Herr Liebreuz nimmt wieder an der Sitzung teil. 7 Gemeindevertreter sind anwesend.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Sahlmann, Frau Sahlmann, Herr Liebreuz, Herr Gutheins, Herr Weis

TOP 7 Anträge

TOP 7.1 Waldbrandschutz (Einreicher Fraktion SPD/PRO)

DS-Nr. 143/18

Die Verwaltung wird beauftragt, die Waldflächen in Kleinmachnow und der angrenzenden Gemeinden zeitnah einer Kontrolle zu unterziehen. Nach den schrecklichen Waldbränden in Folge des überaus trockenen Sommers in unserer Region ist dies erforderlich. Über die Kontrolle und deren Ergebnisse ist ausführlich Bericht zu erstatten.

Herr Wolschon, Einreicher Fraktion SPD/PRO, erläutert den Antrag.

Herr Scholz, Gemeindeführer der Freiwilligen Feuerwehr Kleinmachnow, macht folgende Ausführungen:

„Grundsätzlich ist die Situation in Kleinmachnows nicht mit der in den Gebieten um Treuenbrietzen oder Fichtenwalde zu vergleichen, die im Sommer von Großbränden betroffenen waren. Die zusammenhängenden Waldflächen sind in der Gemarkung Kleinmachnow wesentlich kleiner. Ferner haben wir in Kleinmachnow einen Mischwaldbestand. Bei den im vergangenen Sommer betroffenen Waldgebieten handelte es sich um Kiefernreinbestände. Die Feuerwehren in der Region Kleinmachnow verfügen über viele wasserführende Fahrzeuge und eine gute Personalverfügbarkeit ist gegeben. Zudem gibt es ein Hydrantennetz bis in den Ortsteil Dreilinden und als natürliche Wasserressource den Teltowkanal. Teilweise sind die Waldflächen auch mit Löschfahrzeugen gut befahrbar. Im Bannwald werden gegenwärtig in einem ersten Teilabschnitt Arbeitsgassen für Pflegemaßnahmen angelegt. Diese kann die Feuerwehr im Einsatzfall ebenfalls nutzen, um ggf. an mögliche Einsatzorte zu gelangen. Um dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen im Ort Rechnung zu tragen, ist eine aktuelle Bestandsaufnahme aber trotzdem richtig.“

Folgende Punkte wurden diskutiert:

- Gegebenheiten nochmals überprüfen
- wo sind besondere Gefahrenstellen wie z. B. Gasleitungen (Bannwald, Berliner Forsten)
- die gemachten Ausführungen öffentlich publizieren
- Gefahrenabwehrbedarfsplan wird regelmäßig aktualisiert und evaluiert

Folgende Maßgabe wird empfohlen: Im Beschlussvorschlag soll der dritte Satz wie folgt geändert werden: **Über die Kontrolle und deren Ergebnisse ist ausführlich Bericht zu erstatten und zu veröffentlichen.**

Abstimmung der Maßgabe: 7 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen

Abstimmung der DS-Nr. 143/18 mit Maßgabe:

7 Zustimmungen / 0 Ablehnungen / 0 Enthaltungen – einstimmig empfohlen

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Weis, Herr Gutheins, Herr Liebreiz, Herr Schramm

TOP 8**Offene Postenliste****Lfd.-Nr. 1- Neupflanzung von Eichen/Winterwartung am Zehlendorfer Damm**

Neupflanzungen sollen im Herbst 2019 erfolgen. Frau Storch: „Wir brauchen das nicht mehr zu besprechen; ich möchte es aber in der Liste lassen.“

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 2 – Fertigstellung Gehweg am Stolper Weg

Hinweisschilder zur Ausweisung des Gehweges wurden aufgestellt; die Thematik wird zurzeit nicht weiter verfolgt.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 3 – Straße Feldfichten – dauerhaft parkendes Wohnmobil auf Gehweg/schlechte Sicht

In der Sommerfeldsiedlung werden die Gehwegparkenden toleriert. Man hoffe auf eine Änderung, wenn sich an der dortigen Situation etwas ändert. Es habe Gespräche mit dem Halter gegeben. Es erfolgt keine Abstrafung. Wohnmobil öfters überprüft, steht nicht verkehrs-behindernd.

Frau Leibner stellt noch einmal klar, dass sich an diesem Sachstand, solange keine baulichen Veränderungen erfolgen, nichts ändern werde und bittet, den Punkt nun endlich von der Liste zu nehmen.

Frau Sahlmann erwidert, dass diese Argumente sie nicht überzeugen und dort gehandelt werden müsse. Weiterhin informiert sie, dass das Wohnmobil nicht mehr vor Ort steht.

Es wird sich verständigt, den Punkt aus der Liste zu nehmen.

Lfd.-Nr. 4 – Zwei-Richtungs-Radweg am Stolper Weg zwischen Stahnsdorfer Damm und Heidefeld (Urteil des OVG zur Radwegebenebenutzungspflicht liegt jetzt vor)

Das Urteil des OVG liegt vor. 1. Beratung zur weiteren Verfahrensweise aufgrund des OVG-Urteils wurde durchgeführt. Ein Erörterungstermin mit dem MIL (Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft) wird zurzeit vorbereitet und zu den Ergebnissen wird nach dem Termin berichtet.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 5 – Stellplätze/Müllstellplätze im Ortszentrum Rathausmarkt – Feststellung: Diese Abfallcontainer sind nicht genehmigt. Wie geht es weiter? Es gehen 6 – 8 Parkplätze verloren.

Herr Weis führt aus, dass der Punkt gestrichen werden könne, dass die Parkplätze illegal sind und die Gemeinde nichts unternehmen wird.

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 6 - FW-Bewegungsflächen auf dem Rathausmarkt – welche Anforderungen sind hier nicht erfüllt (Schankgarten und feste Schirmständer vor dem Restaurant Trattoria ehemals Alfreds)

Herr Dr. Prüger informiert, dass die Verwaltung an diesem Thema arbeite und dass es eine Lösung geben wird.

Ausführungen Herr Scholz: „Der Gewerbetreibende darf die festen Schirmständer nicht verwenden. Das wurde durch das OA verfügt. Auch die feste Umhausung der Terrassenfläche darf zukünftig nicht mehr realisiert werden. Wenn Veranstaltungen auf dem Rathausmarkt durchgeführt werden, bekommen die Veranstalter entsprechende Auflagen, diese Flächen nicht fest zu überbauen. Das heißt, dass im Notfall

eine zügige Zuwegung möglich ist. Die Thematik Laternen/Fahrradbügel wird durch die Verwaltung separat betrachtet. Es gibt gegenwärtig Überlegungen, dort eine Änderung der jetzigen Lösung herbeizuführen, um dort mehr Raum zu schaffen.“
Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 7 – Unfallgeschehen der Radfahrer unter Einführung von Fahrradschutzstreifen

In der Gemeinde KLM bestehen Fahrradschutzstreifen in den Straßen E.-Thälmann-Str., Hohe Kiefer und Stolper Weg. Für die Jahre 2015 bis 2018 hat die Gemeinde eine Anfrage an das Polizeipräsidium Potsdam bzgl. Unfallzahlen im Zusammenhang mit Radfahrern gestellt. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Anzahl der Unfälle gering ist und dass die Fahrradschutzstreifen keine signifikanten Änderungen der Unfallzahlen ergeben haben. Für alle drei Straßen gab es in den 4 Jahren insgesamt 11 Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern. Die Unfallursachen sind vielfältig.

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 8 – Ausschreibung Stromlieferleistungen ab 2019 für gemeindeeigene öffentlich genutzte Gebäude/Straßenbeleuchtung (INFO 010/18) – Wie ist die Jahresrechnungshöhe des bestehenden Vertrages

Die Verwaltung hat die Anfrage von Herrn Gutheins im nichtöffentlichen Teil der Niederschrift der UVO-Ausschuss-Sitzung vom 14.11.2018 teilweise beantwortet (s. entsprechende Niederschrift).

Herr Gutheins führt aus, dass der Punkt aus der Liste gestrichen werden kann.

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 9 – 1. Wann geht es mit dem Verkehrskonzept im Ortszentrum weiter? 2. Der Weg (Trampelpfad), der hinter dem NH-Hotel zum Sportforum führt, ist in einem sehr schlechten Zustand. Kann dort etwas verbessert werden?

Zu 1.: Zurzeit werden die Planungen für den Umbau des Einmündungsbereiches A.-G.-Ring Ost vorbereitet.

Zu 2. Herr Ernsting antwortete dazu am 01.10.2018 im Bauausschuss. Der Vorschlag, den Weg auszubauen, wird in der Verwaltung geprüft. Zurzeit liegt noch kein Ergebnis vor.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 10 – Betrifft die drei schriftlich vom 28.12.2017 an die Verwaltung/Verkehrsbehörde gestellten Anträge (Parken am Zehlendorfer Damm, Winterdienst Förster-Funke-Allee 1–2, Beschilderung an der Förster-Funke-Allee zwischen Karl-Marx-Straße und Zehlendorfer Damm)

Es erfolgte eine schriftliche Beantwortung am 10.10.2018 per E-Mail an Herrn Weis direkt.

Herr Weis führt aus, den Punkt aus der Liste zu streichen, weil die Anträge durch die zuständige Verkehrsbehörde, nicht die Gemeinde Kleinmachnow, nicht sachgerecht geprüft werden. Auf einen Antrag erwarte er einen Bescheid und der sei nicht erfolgt.

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 11 – Anfragen von Herrn Weis:

1. Ist es zutreffend, dass an der Kreuzung Hohe Kiefer/Stolper Weg beim Abbiegen von der Hohen Kiefer in Richtung Schleuse Kleinmachnow eine Verkehrssteuerung über Schleifen/ Fahrzeugerkennung besteht?

2. Kann es zutreffen, dass Fahrradfahrende beim Abbiegen aus der Hohen Kiefer in Richtung Schleuse nicht durch das System erkannt werden bzw. die Schaltung die Anwesenheit von Fahrradfahrenden auf der Fahrbahn nicht registriert?

3. Sofern vorgenanntes zutreffend ist, welche Maßnahmen werden getroffen, dass

Fahrradfahrende auf der Fahrbahn erkannt werden und die Ampelanlage dies durch entsprechende Schaltungen auch umsetzt?

Beantwortung zu 1.: Ja.

Beantwortung zu 2.: Ja.

Beantwortung zu 3.: Zurzeit werden keine Maßnahmen zur sensorischen Erkennung der Fahrradfahrer geplant.

Der Punkt Sensorik wird diskutiert. Herr Weis schlägt vor, ein Schild „indirektes Abbiegen“ aufzustellen.

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 12 – Anfrage aus der nichtöffentlichen Sitzung

S. Ausführungen in der OP-Liste (Liste zur Sitzung am 14.11.2018/23.01.2019).

Bei der Behandlung des Punktes war keine Öffentlichkeit anwesend.

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 13 – Überprüfung der Einbahnstraßenbeschilderung in der Straße Am Weinberg/Bereich Eigenherdschule

Es erfolgt eine Ortsbesichtigung mit der Unteren Verkehrsbehörde zum nächsten Beratungstermin in KLM.

Der Punkt bleibt in der Liste.

Lfd.-Nr. 14 - Prüfung: Siedlung Stolper Weg, Promenadenweg/Ameisengasse usw., alles verkehrsberuhigter Bereich (hier gilt Schrittgeschwindigkeit/ Parkverbot). Es gibt Probleme hinsichtlich des nicht erlaubten Parkens und zu schnellen Fahrens. Feuerwehrwege sind freizuhalten. An der Kita Ameisenburg (Bereich der Umfahrung) sind die Parkverbotsschilder verschwunden. Es geht nicht um den Parkplatz der schon immer Parkplatz war, sondern um die andere Fläche.

Der AD überprüft diese Bereiche regelmäßig. Es wurde mit der KITA-Leitung gesprochen. Diese hat keine Beschwerden vorgebracht.

Der Punkt kommt aus der Liste.

Lfd.-Nr. 15 - Es betrifft den Bürgerhaushalt 2018, Platz 1 „Grünfläche Rathausmarkt“. Was passiert mit der Fläche?

TOP 1 und TOP 8 des Bürgerhaushaltes wurden zusammengefasst: Eine Untersuchung zu Flächen für Bolzplätze und (Abenteuer-) Spielplätze im Gemeindegebiet liegt mit dem Maßnahmenplan „KIK Kinderspiel in KLM“ bereits vor. Das KIK wurde im Auftrag der Gemeinde vom Büro sinai – Gesellschaft von Landschaftsarchitekten mbH (Berlin) erarbeitet, stammt allerdings aus dem Jahr 2006. Aufgrund der seither weitergegangenen, insbesondere baulichen Entwicklung der Gemeinde bietet es für eine Entscheidung keine Grundlage mehr. Die Verwaltung hat deshalb fünf Landschaftsplanungsbüros – darunter auch die damaligen Verfasser – angeschrieben und um ein Angebot zur Fortschreibung des KIK gebeten. Trotz Nachfragen haben drei Büros die Abgabe eines Angebotes aufgrund von hohem Arbeitsaufkommen und fehlenden Kapazitäten abgelehnt. Inzwischen liegen aber immerhin Angebote von zwei Büros vor (Angebot A 12.160 EUR, Angebot B 21.750 EUR), das wirtschaftlichste Angebot, in diesem Fall das Angebot A, wird beauftragt, Ergebnisse sollen nach derzeitigem Stand bis Ende Februar 2019 vorliegen. Sie können dann den Mitgliedern der Gemeindevertretung und ihren Fachausschüssen zur Beratung und weiteren Beschlussfassung vorgestellt werden.

Der Punkt bleibt in der Liste.

TOP 9**Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung**

Die schriftliche Anfrage zum Bannwald von Frau Sahlmann wurde schriftlich beantwortet (s. Anlage 3).

Anfrage von Frau Storch:

„Es betrifft die Baumaßnahmen der MWA im Bereich Kiefernweg, Haeckelstraße, Käthe-Kollwitz-Straße. Im Bereich Kiefernweg und Haeckelstraße sind noch die alten Lampen vorhanden. Wir haben gelernt, das ist das Rostocker Modell mit zum Teil maroden Betonpfosten. Die sind im Zuge der Rohrverlegungsarbeiten zum Teil entfernt und jetzt wieder aufgestellt worden. Nun gibt es drei verschiedene Modelle: die alten Betonpfeiler, die offenbar noch standfest sind und die Rostocker Köpfe auf neuen Metallpfosten. Das ist in Ordnung und von der Optik her sieht das gut aus. Aber was gar nicht geht, sind diese Provisorien, so eine Art Peitschenlampen, die mitten im Kiefernweg stehen und eine in der Haeckelstraße. Die Baumaßnahmen sind beendet und ich sehe keine Anstalten dafür, dass dort etwas verändert wird. Das geht schon wegen der Optik nicht.“

Die Verwaltung wird eine Aufstellung einheitlicher Lampenmodelle – hier Rostocker Modell –veranlassen.

Anfragen Herr Liebreiz:

1. „Wir haben die Situation, dass in den Zufahrtsbereichen zum Europarc jeweils an den Kreisverkehren ja wie bekannt Videoüberwachung installiert ist, die schön in das öffentliche Straßenland hineingucken. D. h., jeder der sich im Bereich Dreilinden als Einwohner befindet, wird also permanent bei der Zu- und Abfahrt überwacht und kann sich dem auch nicht entziehen, weil es die einzige Möglichkeit überhaupt ist bei MC Donald vorbei in seinen Bereich zu kommen. Genauso sieht es auf der anderen Seite aus, Stahnsdorfer Damm. Betrieben werden diese Kameras von privater Seite oder von der Gemeinde?“

Frau Leibner: „Sie werden vom Europarc betrieben.“

Herr Liebreiz weiter: „Also privat. Da sind die Anforderungen doch ein Stück weit höher, wenn ein privater Betreiber das macht. Wie kommen wir an die konkrete Sicherheitsbewertung heran, die das unabdingbar erforderlich macht? Und insbesondere die Einwohner, die im Bereich Dreilinden wohnen, ich finde das geht gar nicht, weil sie auch gar nicht durch den Europarc fahren, sie haben damit nichts zu tun und sich trotzdem permanent der Überwachung aussetzen.“

2. Wie wir ja auch in der letzten Bauausschusssitzung mitbekommen haben, gibt es offenbar ein Problem mit Wildschweinen in der Form, dass man jetzt über verschiedene bauliche Maßnahmen zur Abgrenzung nach außen etc. nachdenkt. Wir haben auf der anderen Seite Jagdpächter. Die Situation eines Jagdpächters ist auch eine völlig private Art die aus dem BGB von seiner rechtlichen Systematik abgeleitet wird. Das ist so, definitiv. Wer genau vergibt eigentlich die Jagdpacht, also wer ist das genau? Ist von unserer Seite im Gegensatz dazu vielleicht ein Modell eines klassischen Stadtjägers denkbar, denn der würde ja aufgrund der Aufgabenzuweisung ganz anders in dem Bereich agieren können? Ein Jagdpächter kann jagen, er muss es aber nicht. Wäre es denkbar, dieses grundsätzliche Modell der Bejagung der Wildschweine insbesondere im Ort zu ändern?“

Beantwortung Frau Leibner:

Zu 1.: „Mein letzter Stand in Bezug auf die Videoüberwachung im Europarc ist, dass das Attrappen sind. In der Vergangenheit waren es keine Attrappen. Hierzu gingen damals auch mehrere Bürgerbeschwerden bei uns ein. Daraufhin wurde eine Be-

gutachtung mit uns, dem Europarc und der LDA (Landesbeauftragte für Datenschutz) durchgeführt. Dabei stellte sich heraus, dass der öffentliche Bereich gefilmt wurde. Daraufhin wurden die Aufnahmen eingestellt.“

Nachfrage Herr Liebrecht: „Dann wäre es auch legitim, dass zu veröffentlichen.“

Antwort Frau Leißner: „Darüber wurde damals berichtet.“

Zu 2:

Die Jagdpacht wird von der Jagdgenossenschaft vergeben. Die Eigentümer der Grundflächen, die zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehören, bilden eine Jagdgenossenschaft (§ 9 BJagdG).

Es mag grundsätzlich möglich sein, einen Stadtjäger einzustellen. Zurzeit ist es jedoch aus Sicht der Verwaltung nicht sinnvoll. Zurzeit stehen uns zwei Jagdpächter und zehn Jäger zur Seite. Diese agieren ehrenamtlich und die meisten gehen noch einem Beruf nach. Aber trotzdem kann der zeitliche Einsatz und die Erfahrung von 12 Personen nicht von einer Vollzeitkraft allein aufgewogen werden. Dieser eine Stadtjäger könnte auch nicht in dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk jagen, dies steht allein den Jagdpächtern zu. Der gemeinschaftliche Jagdbezirk der Jagdgenossenschaft Stahnsdorf und Kleinmachnow umfasst die Waldflächen in Kleinmachnow, in Stahnsdorf und den Südwestkirchhof, als größere Flächen und einige kleine Waldflächen, die privaten Eigentümern gehören. Auf anderen Flächen, insbesondere in befriedeten Bezirken, ruht die Jagd (§ 6 BJagdG), d. h. die Jagd ist hier grundsätzlich verboten. Der befriedete Bezirk umfasst alle Gebäude die zum gewöhnlichen Aufenthalt von Menschen dienen, die zugehörigen Gärten etc. Dazu gehören auch öffentliche Grünanlagen, Sportanlagen u. ä. Hier kann jeder Eigentümer einen Antrag auf Genehmigung der Jagdhandlungen stellen. Die Jagdhandlung darf jedoch nur ein Jäger vornehmen. Nur in diesen befriedeten Bereichen könnte ein Stadtjäger mit Ausnahmegenehmigung der unteren Jagdbehörde tätig werden und auch nur auf gemeindeeigenen Flächen. Wenn das Wild dann in eine dem Jagdbezirk angehörige Waldfläche laufen würde, dürfte der Stadtjäger nicht weiter tätig werden, da er sich sonst der Jagdwilderei (§ 292 StGB) strafbar machen würde.

Anfrage Frau Sahlmann:

„Ist der Verwaltung bekannt, dass es eine neue Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums gibt? Nach dieser Richtlinie kann man bis zum 31.03.2019 Anträge auf Förderung von bestimmten Maßnahmen zum Klimaschutz stellen, wie z. B. im Verkehrsbereich, regionale Verkehrssteuerung, Verkehr zu Schulen, Kitas usw.“

Antwort Herr Dr. Prüger: „Wir werden der Sache nachgehen.“

Es gibt keine weiteren Anfragen.

Ende der öffentlichen Sitzung.

Kleinmachnow, den 12.02.2019

Barbara Sahlmann
Vorsitzende des UVO - Ausschusses

Anlagen

1. Anwesenheitsliste
2. Redebeitrag Förderverein LSG Buschgraben/Bäketal e.V.
3. schriftliche Anfrage v. Frau Sahlmann und Beantwortung